

**V7-160**

# Verschiedene Anträge

**Initiator\*innen:** KV Essen (dort beschlossen am: 08.04.2026)

**Titel:** **V7-160: Solidarität mit der Zivilbevölkerung in Israel und Palästina**

---

## Antragstext

### Von Zeile 179 bis 182:

Palästinenser\*innen und die Ablehnung jeglicher Pläne, die ohne deren Einbindung über ihre Zukunft entscheiden.

4.7. Den Einsatz für die Bildung einer starken, freien und nach innen wehrhaften Demokratie in Palästina und die Verankerung der Prinzipien Minderheitenschutz, freien Wahlen, Gewaltenteilung und Achtung der Menschenrechte in ihrer Verfassung. Dieser Einsatz muss mit der palästinensischen Zivilbevölkerung gemeinsam geschehen.

4.78. Den Schutz der Versammlungsfreiheit und die Beendigung der Kriminalisierung palästinasolidarischer Proteste in Deutschland, um den zivilgesellschaftlichen

### Von Zeile 184 bis 185:

4.89. Die Freilassung aller willkürlich inhaftierten palästinensischen Gefangenen und eine unabhängige Untersuchung der Berichte über Folter und Misshandlungen in

### Von Zeile 187 bis 188:

4.910. Die Förderung einer differenzierten Bildungs- und Aufklärungsarbeit, die die

historischen und aktuellen Kontexte des Zionismus als jüdische

### **Begründung**

Die Analyse des Antrages hat die große Stärke, gesamtheitlich auf die Gewalt und Verantwortung

durch verschiedene Akteure in der Region zu blicken und somit differenziert und aus dem Blickwinkel

der Menschenrechte zu argumentieren. Alle Forderungen unter 4. gehen jedoch ausschließlich auf

die Anerkennung Palästinas und seines Leids, Handeln gegenüber Israel und den Schutz der

Versammlungsfreiheit in Deutschland ein. Das passt sehr gut zu den großen

Fehlern, die die IsraelPalästina-Politik Deutschlands in den letzten Jahren gemacht hat. Trotzdem sollte auch eine

Forderung genannt werden, die auf die Entwicklung Palästinas weg vom Regime der Hamas deutet.

Textlich orientiert sich dieser Änderungsantrag am Änderungsantrag des Landesvorstandes zu 2.8, um

hier Kontinuität zu schaffen.